

In der Reihe KHnext befasste sich der arabische Israeli aus Berlin, Ahmad Mansour, mit dem neuen Nahen Osten

Das **Neue** am Nahen Osten

VIVIANNE BERG

«Spenden Sie!», ermunterte Ahmad Mansour die am Montag 70 Anwesenden in der Wider-Garage in Zürich. Der Benefizabend wird Kedma, einem Dorf für Jugendliche aus schwierigen Verhältnissen, zugutekommen.

Seine eigenen Verhältnisse begann Ahmad Mansour zu beschreiben, indem er vom Grossvater, der schon gegen den neuen Staat Israel gekämpft hatte, erzählte. Geboren wurde Mansour in Tira, bei Tel Aviv. Mit Hass gegen Israel und mit Antisemitismus sei er aufgewachsen. Seine früheste Erinnerung seien die Fernsehbilder von 1982, vom Massaker in Sabra und Schatila im Libanon, seine weinende Mutter und der schreiende Vater. Die Familie lebte säkular. Man hatte wenig, glaubte an Bildung, was ihm, dem Bauernsohn, in der Schule als Streber gute Noten, den Stolz der Eltern und den Neid der Mitschüler eintrug. Ein Imam, der zur Vertrauensperson wurde, bemerkte seine Krise und lud ihn in eine Koranschule ein, wo er plötzlich zur Elite gehörte und nicht mehr gemobbt wurde. Er rebellierte gegen die Eltern, und konnte dabei Israel fortan deshalb hassen, weil, wie er lernte, auch Gott und der Prophet dieses Volk hassten. Nach dem Abitur studierte er in Tel Aviv. Allerdings fand er dort keine Gleichgesinnten, er war der einzige arabische Psychologiestudent inmitten der «Feinde». Innert kurzer Zeit entstanden Freundschaften mit den jüdischen Israelis, die bis heute halten.

Der Student erkannte, dass «Begegnung die effektivste Art und Weise ist, um Vorurteile abzubauen». Das vertiefte er ein Leben lang. Er sagt, Begegnung bedeute, den Alltag gemeinsam zu bewältigen, zusammenzuwohnen und in die Schule zu gehen. Wie in dem Jugenddorf Kedma. «Das», betonte Mansour, «brauchen wir in Israel und in Europa.»

Nach Berlin

Als geradezu schizophren beschreibt Ahmad Mansour seine letzte Zeit in Tel Aviv, wo, nach Jahren der Zuversicht, etwa im Zusammenhang mit den Oslo-Abkommen, der zunehmende Hass auf beiden Seiten zu immer wieder neuen Eskalationen führe. «Die Hoffnung starb damals zuerst», sagt Mansour. Er erlebte den Hass immer direkter. Unterwegs nach Tel

Aviv wurde er an den Checkpoints als potenzieller Terrorist angehalten. Andererseits war er in Tel Aviv ein potenzielles Terroropfer; in der zweiten Intifada sind zahlreiche Araber umgekommen. Als er 2003 tatsächlich selber Menschen auf der Strasse davonrennen sah und dann einen Palästinenser, der so lange auf Menschen schoss, bis er von einem Polizisten niedergestreckt wurde, stellte Mansour ob all seinem Verständnis für die Palästinenser genauso wie für die Israeli fest: «Das ist nicht mein Krieg.» Er ging nach Berlin, «um in Freiheit, Sicherheit und frei von Vorurteilen zu leben». Die Chance, gegen Antisemitismus zu arbeiten, nahm er gerne an, aber «nicht um Juden zu gefallen», sondern weil er überzeugt sei, dass nur eine Gesellschaft, die Antisemitismus systematisch bekämpft und abbaut, als Demokratie gut existieren kann. Sobald Antisemitismus zugelassen werde, würden auch andere Formen von Hass toleriert.

Für Israel spricht sich Mansour für die Zwei-staatenlösung aus. Denn die Einstaatenlösung, wie sie sich manche Rechtsradikale in Israel wünschen, würde das Ende des jüdischen Staates bedeuten. «Damit», meint Mansour, «würde sich Israel eines Tages entscheiden müssen, ob es ein Apartheidstaat oder ein nicht jüdischer Staat werden möchte.»

Der Psychologe hat den Eindruck, dass viele Europäer nicht sehen, wie sehr sich der Nahe Osten seit den 1970er-Jahren verändert hat.

Politischer Islam

Angesichts der jüngsten Wahlergebnisse in Israel beschwichtigt er, dass dies keines-

wegs, wie das oft zu lesen stand, das Ende der Demokratie bedeute. Wer in Israel lebe oder gelebt habe, wisse durchaus, dass weder eine rechtsradikale Partei noch zwei faschistische Parteien die Demokratie erledigen könnten. Die Linken seien dafür verantwortlich, dass die Faschisten an die Macht gekommen seien, weshalb sie sich in den folgenden vier Jahren auf die nächsten Wahlen besser vorbereiten können.

Hinsichtlich des politischen Umfelds erläuterte der Mansour, der sich nicht als Historiker, sondern als Betroffener und Beobachter äussert, den Panarabismus, der nach der Kolonialzeit und mit dem Aufkommen der Nationalstaaten entstanden ist. Aufgrund dieser Ideologie sollten sich die arabischen Völker erstmals im Nahen Osten als identitätsstiftendes Merkmal statt über ihre Religion über die Sprache definieren. Das säkulare Projekt verfolgte zwei Ziele: den Wohlstand für die Völker und den Untergang Israels. Spätestens mit dem Sechstagekrieg 1967, so Mansour, sei der Panarabismus vollends gescheitert.

Verbreitet sei zudem die Idee eines politischen Islam wie bei den Muslimbrüdern. Gemäss deren Auffassung haben die Muslime ihre Religion durch westlichen säkularisierenden und kulturellen Einfluss schwächen lassen. Doch als «richtige» Muslime würden sie zur einstigen Grösse zurückfinden. Dabei regelt der Islam die Beziehung zwischen Mensch und Gott und darüber hinaus fungiert er als Rechtssystem. Der Koran bildet die höchste Macht, seine Interpretation obliegt

«Innert kurzer Zeit entstanden Freundschaften mit den jüdischen Israelis, die bis heute halten.»



Gastreferent Ahmad Mansour (zweiter von rechts) am letzten Montag in Zürich, hier zusammen mit Emanuel Zloczower, Präsident KH Bern, Tali Scheiner, Präsidentin KH Zürich und Claudia Scheiner, Präsidentin KH Schweiz (v.l.n.r.).

den Theologen, anders als in einer Demokratie, wo das Parlament bestimmt.

Zu mildes Urteil

Den ersten Erfolg erreichte der politische Islam mit dem Regime im Iran, das mit demokratischen Mitteln an die Macht kommen konnte, um die Demokratie abzuschaffen.

Im Nahen Osten, führte Mansour weiter aus, sei eine derartige Ideologie insbesondere von Recep Tayyip Erdogan getragen, der selber eine Theokratie zu schaffen versuche. Mansour betonte: Alle arabischen Sender, die den Muslimbrüdern nahe sind, senden von Istanbul aus.

Ein wesentlicher Akteur des politischen Islam sei Katar, das von der deutschen Politik fälschlicherweise viel zu milde beurteilt werde. Katar, meinte Ahmad Mansour, werde mit dem Sender al-Jazirah zwar in der englischsprachigen Ausgabe als «superdemokratisch» wahrgenommen. Wie hemmungslos aber auf Arabisch gehetzt werde, das «bringt mit emotionalem Aktivismus, der als Journalismus verkauft wird, Unheil in Syrien, Ägypten, Jemen und den palästinensischen Gebieten». Mansour wies darauf hin, dass in der Schweiz, in Deutschland und in Frankreich Strukturen des politischen Islam finanziert werden.

Ohnehin strebe der Iran danach, im gesamten Nahen Osten militärisch Einfluss zu gewinnen, ob mit der Terrororganisation Hizbollah oder mit der Hamas. Darum plädiert Mansour dafür: «Den Iran zu stoppen, das muss zur internationalen Angelegenheit werden!»

Abraham-Abkommen

Zum neuen Nahen Osten zählt Mansour all jene arabischen Länder, die erkannt hätten,

dass der Feind nicht Israel ist; vielmehr ist das Vakuum gefährlich, das entstand, weil die USA nicht mehr die Weltpolizei in der Region sein wollten. Saudi-Arabien realisierte das zuerst. Und es sei klar geworden, «dass die palästinensische Frage zur Last» wurde. Diese Länder verstanden, so Mansour, dass nicht Israel, sondern der politische Islam, der Jihadismus und der Iran die Feinde sind. Weil der damalige US-Präsident Donald Trump den Rückzug aus Syrien beschloss und damit die Kurden im Stich gelassen habe, stellte Mansour klar, «deshalb haben wir das Abraham-Abkommen». Denn die beteiligten Länder hätten verstanden, dass es wirtschaftlich, kulturell und wissenschaftlich eine Chance ist, mit Israel zusammenzuarbeiten. Und deshalb seien die Friedensabkommen der Region nicht auf diplomatische Beziehungen beschränkt; es gibt Touristenbewegungen zwischen Israel und den Golfstaaten, in beide Richtungen. «Wir Europäer haben es nicht richtig mitbekommen», bedauerte Mansour,

das Abraham-Abkommen werde in den Berichterstattungen viel, viel zu wenig beachtet. Den Grund dafür vermutet er darin, dass Trump und Binyamin Netanyahu treibende Kräfte waren und man darum das Positive nicht anerkennen wolle.

Der letzte Akteur ist die jihadistische Bewegung. Al-Qaida, Boko Haram und andere, die mit dem politischen Islam viel gemeinsam haben, jedoch ungeduldig und mit Gewalt an die Macht kommen wollen, was diverse arabische Länder destabilisiert. Bei all den Warnungen bat Ahmad Mansour, auf die gemässigten arabischen Kräfte zu achten. In Israel leben zwei Millionen Araber, die das Land mitgestalten und mit denen gemeinsam die Pandemie gemeistert werden konnte.

Von guten Kräften und motivierten Jugendlichen wusste schliesslich Claudia Scheiner, Präsidentin von Keren Hajessod (KH) Schweiz, zu berichten. Sie werden sich im Frühjahr über das dank der Unterstützung der Anwesenden fertig renovierte Schulgebäude freuen. ●

«In Israel leben zwei Millionen Araber, die das Land mitgestalten und mit denen gemeinsam die Pandemie gemeistert werden konnte.»